

Andreas Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit **Lust auf Fortschritt**



FEBRUAR 2023

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

bei unserer Jahresauftaktklausur im Januar haben wir als SPD-Bundestagsfraktion die Schwerpunkte unserer Arbeit für 2023 besprochen. Das letzte Jahr war ein Jahr der Krisen. Zu Recht erwarten die Menschen jetzt, dass wir dem Frieden in Europa wieder näher kommen, dass wir den Klimaschutz konsequent anpacken und dass wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft organisieren.

Mehr Rückhalt für Familien, ein Turbo für die Infrastruktur, den europäischen Industriestandort stärken und weiterhin solidarisch mit der Ukraine sein – das sind unsere Antworten auf die innen- und außenpolitischen Herausforderungen.

Gerade Familien sind besonders von der Krisensituation betroffen. Darauf wollen wir in diesem Jahr mit der Kindergrundsicherung, einer Ausbildungsgarantie und mit Hilfen für benachteiligte Schüler:innen antworten.

Die Kindergrundsicherung wird viele der jetzigen Leistungen (Kindergeld, Steuer-

freibeträge für Kinder, Kinderzuschlag, Sozialgeld für Kinder und Teile aus dem Bildungs- und Teilhabepaket) in einer einfach zugänglichen Leistung bündeln und das Existenzminimum von Kindern eigenständig festlegen. Das ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Kinderarmut – bei dem wir uns auch nicht von einem bremsenden Finanzminister aufhalten lassen.

Mit dem Startchancen-Programm schaffen wir eine gerechtere Teilhabe an Bildung für alle. 4000 Schulen mit einem besonders hohen Anteil an sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen werden wir gezielt unterstützen. Und mit der Ausbildungsgarantie wird jungen Menschen der Abschluss einer Berufsausbildung zugesichert.

Wir stehen für einen Staat der anpackt. Das zeigt sich gerade in der Energiekrise, mit über 200 Milliarden Euro, mit Preisbremsen und vielen zusätzlichen Maßnahmen unterstützen wir Bürger:innen und Unternehmen. Damit das auch in Zu-

kunft geht, brauchen wir einen Turbo für unsere Infrastruktur.

Das gilt bei der Energiewende genauso wie bei den Glasfasernetzen oder beim Wohnungsbau. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen in Deutschland deutlich beschleunigt werden – natürlich in erster Linie dort, wo es um die Transformation zur Klimaneutralität geht und nicht bei überdimensionierten Straßenausbau-Projekten!

In der Außenpolitik dreht sich leider immer noch alles um den Ukraine-Krieg. Unsere Solidarität steht, Putins Angriff darf keinen Erfolg haben. Gleichzeitig wollen wir zurück zu Frieden und Stabilität. Dazu gehört, Friedens- und Demokratieprozesse weltweit, wo immer möglich, zu unterstützen und voranzutreiben. Dazu gehört auch Gesprächskanäle offen zu halten – auch gegenüber Russland. Diplomatie ist für uns nicht zur Nebensache geworden. Sie braucht aber ein Gegenüber, das auch auf Diplomatie und nicht auf Krieg setzt.

**HERZLICHE GRÜSSE,
IHR ANDREAS MEHLTRETTER**

**IM MITTELPUNKT:
WE STAND WITH UKRAINE!**

Seit einem Jahr führt Russland einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Für uns gilt seitdem: Wir lassen die Ukraine nicht allein.

**IM DETAIL:
MEHR TEMPO FÜR TEMPO 30**

Die Kommunen wollen mehr Spielraum für Tempo-30-Zonen. Das steht auch so im Koalitionsvertrag. Verkehrsminister Wissing von der FDP blockiert aber.

AUSGABE 2, FEBRUAR 2023

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Gemeinsam mit unseren Verbündeten Solidarität mit der Ukraine!

Vor einem Jahr hat Russland die Ukraine brutal und völkerrechtswidrig überfallen. Für die Ukrainer:innen heißt das seit zwölf quälend langen Monaten tagtäglich: Furcht vor neuen russischen Angriffen, Sorge und Trauer um die Liebsten, Angst um das eigene Leben.

Auch für uns hat das Auswirkungen. Wir mussten in diesem Jahr die Versorgung mit Öl und Gas fundamental umstellen. Wir spüren den Krieg täglich an der Tankstelle und im Supermarkt und auch beim Blick auf die Stromrechnung.

Als Ampel ist es uns gelungen, die Energieversorgung sicherzustellen. Wir haben mit zahlreichen Entlastungspaketen und mit den Preisbremsen auf die Inflation reagiert. Wir lassen bei uns niemanden allein.

WIR LASSEN NICHT ZU, DASS EIN LAND DIE GRUNDPRINZIPIEN UNSERER FRIEDENSORDNUNG IN EUROPA MIT FÜSSEN TRITT.

Und auch die Ukraine lassen wir nicht allein. Wir lassen es nicht zu, dass sich mitten in Europa ein Land ein anderes einverleibt. Wir lassen es nicht zu, dass Russland die europäische Friedensordnung in Frage stellt. Wir stehen an der Seite der Ukraine und helfen ihr dabei, ihre Souveränität und ihre territoriale Integrität gegen Russlands Angriffskrieg zu verteidigen – so lange wie nötig.

Dazu gehören die Sanktionen gegen Russland. Sie sind ein klares und wirksames Signal an Putin und seine Unterstützer:innen. Und dazu gehört die militärische Unterstützung der Ukraine.

DER WESTEN STEHT ZUSAMMEN

Putin hat vor einem Jahr den Verhandlungstisch verlassen und die Ukraine überfallen. Seitdem gilt für uns: Nicht die NATO führt Krieg gegen Russland. Und wir treffen auch keine Entscheidung, die die NATO von uns aus Kriegspartei wer-

den lässt. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir alle Entscheidungen in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten und mit unseren Partnern treffen.

Das war bei allen wichtigen Entscheidungen so, die wir in den vergangenen zwölf Monaten getroffen haben, und dabei bleibt es.

Ob es um die Lieferung von Panzerhaubitzen oder Mehrfachraketenwerfern ging, um die Ausstattung der Ukraine mit Flugabwehrwaffen oder darum, Schützenpanzer und schließlich Kampfpanzer zu liefern: Vor jedem dieser Schritte haben wir uns eng und vertraulich abgestimmt mit den USA, mit Frankreich, mit Großbritannien und mit anderen.

Ich war schon überrascht, mit welcher Vehemenz manche meiner Kolleg:innen von FDP und Grünen und vor allem viele Journalist:innen die Lieferung der Leopard-2-Panzer an die Ukraine gefordert haben – ohne die Hintergründe zu kennen. Gleichzeitig hat Olaf Scholz ja bereits mit Hochdruck an einer Lösung gearbeitet, aber gemeinsam im Bündnis, nicht alleine. Und wir sehen jetzt: Deutschland blockiert nicht, wir werden unter den ersten sein, die Panzer liefern.

UNSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

Mit über 12 Milliarden Euro hat Deutschland der Ukraine im vergangenen Jahr zur Seite gestanden. Diese große Unterstützung setzen wir auch in diesem Jahr fort. Wir helfen beim Wiederaufbau, stabilisieren den ukrainischen Staatshaushalt, greifen der Wirtschaft unter die Arme, leisten humanitäre Hilfe. Auch bei der Lieferung von Waffen und Munition liegen wir weit vorne.

All dies hilft der Ukraine, ihr Territorium und ihre Souveränität zu verteidigen.

UNSER ZIEL BLEIBT FRIEDEN

Wir wollen keinen Krieg in Europa. Die Antwort kann aber nicht sein, wir beenden unsere Unterstützung und überlassen die Ukraine Russland. Das wäre verantwortungslos gegenüber den Menschen in der Ukraine. Und es wäre das Gegenteil von Stabilität und Sicherheit in Europa. Es wäre der Sieg des Rechts der Stärkeren und würde früher oder später auch den Frieden in Deutschland gefährden.

Diplomatie ist für uns nicht zur Nebensache geworden. Sie braucht aber ein Gegenüber, das zur Diplomatie bereit ist und nicht auf Krieg setzt. Die Gespräche, die Bundeskanzler Olaf Scholz in Abstimmung mit der Ukraine und unseren Partnern regelmäßig mit Putin führt, sind richtig. Für Frieden in der Ukraine braucht es aber zuallererst die ehrliche Bereitschaft Russlands zu einem Friedensschluss, der das Völkerrecht wiederherstellt. Putin muss an den Verhandlungstisch zurück. Er muss bereit sein, das Territorium und die Souveränität der Ukraine anzuerkennen. Nur so wird es ein Ende dieses Krieges geben.

**WE STAND
WITH UKRAINE**

SPD Fraktion im Bundestag

Wir stehen an der Seite der Ukraine! Das war für mich und die SPD-Bundestagsfraktion von Tag eins des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs durch Putin gegen die Ukraine klar. Und wir werden die Ukraine auch weiterhin finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch unterstützen - solange es nötig ist.

Mehr Tempo für Tempo 30

Kommunen brauchen mehr Spielraum

Viele Kommunen wollen vor Ort mehr für Sicherheit, Klimaschutz und Lebensqualität tun. Ganz oben auf der Liste steht oft eine Tempo-30-Zone oder eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30. Gehindert werden sie aber immer wieder durch die engen Grenzen des Straßenverkehrsrechts.

Im Koalitionsvertrag haben wir dies aufgegriffen und vereinbart, für Länder und Kommunen mehr Entscheidungsspielräume zu schaffen.

FORDERUNG DER KOMMUNEN

Helfen würde hier vor allem eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes. Das setzt bisher allein darauf, dass der Autoverkehr gut fließt. Verkehrssicherheit oder der Schutz vor Lärm und Abgasen ist bisher nicht Ziel dieses Gesetzes.

Im November haben wir dazu die Verantwortlichen in den Kommunen und die verkehrspolitischen Akteure aus Parlament und Interessenvertretung eingeladen, um mit ihnen über die Reform und die Situation vor Ort zu sprechen. Das Ergebnis: Nach einem Jahr Ampel-Regierung im Bund warten viele darauf, dass das Bundesverkehrsministerium unter dem Verkehrsminister Volker Wissing endlich den Koalitionsvertrag umsetzt und einen Gesetzentwurf zur Reform des Straßenverkehrsgesetzes vorlegt.

Die Geduld stößt auch bei uns in der SPD-Bundestagsfraktion an ihre Grenzen.

WISSING VERSCHLEPPT REFORM

Das Bundesverkehrsministerium hatte bisher behauptet, keinen Gesetzentwurf zum Straßenverkehrsgesetz vorlegen zu können, weil sich erst die Länder einigen müssten. Er verwies auf eine Länderarbeitsgruppe zur praxisgerechten Anpassung der Straßenverkehrsordnung.

Wie der Name aber schon sagt, spricht diese Arbeitsgruppe über Änderungsvorschläge der Länder für die Straßenverkehrsordnung, die vollkommen unabhängig von einer grundlegenden Reform

des Straßenverkehrsgesetzes umgesetzt werden könnten.

Das hat jetzt auch die Verkehrsministerkonferenz klar gestellt. Die hat auch im November beschlossen: „Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Straßenverkehrsordnung (StVO) anzupassen und neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung zu berücksichtigen, um Ländern und Kommunen Entscheidungsspielräume zu eröffnen. Das BMDV wird aufgefordert, zeitnah einen Reformvorschlag zum StVG und zur StVO gemäß der Vereinbarung vorzulegen.“



Vielerorts leider nicht möglich, eine Tempo-30-Zone. Das wollen wir ändern. Wir drängen darauf, dass das umgesetzt wird, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Der politische Druck auf das Bundesverkehrsministerium steigt. Auch wir als Fraktion haben mittlerweile öffentlich auf die Blockade durch das FDP-geführte Verkehrsministerium hingewiesen.

Im Dezember hat unser Berichterstatter Matthias Stein gegenüber der Presse gesagt: „Nach einem Jahr im Amt wird es jetzt höchste Zeit, dass die Bundesregierung das Thema Straßenverkehrsgesetzreform anpackt. Die drei Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP haben in ihrem Ko-

alitionsvertrag miteinander vereinbart, Ländern und Kommunen durch eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes mehr Entscheidungsspielräume zu eröffnen. Genau diese Gesetzesänderung fordern wir jetzt ein.“

UNSERE FORDERUNGEN

Die Kommunen brauchen mehr Kompetenzen. Sie kennen die Situation vor Ort. Viele Kommunen sind bei der Verkehrssicherheit, beim Klimaschutz und beim Lärmschutz weiter, als es das am Autoverkehr orientierte Straßenverkehrsgesetz zulässt.

Wir wollen das Straßenverkehrsgesetz auf die Höhe der Zeit bringen: Es braucht die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmenden sowie mehr Schutz für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen.

Zudem wollen wir eine erweiterte Innovationsklausel und mehr Prävention. Dass heute immer noch erst mehrere Menschen sterben müssen, um eine erkannte Gefahrenlage im Straßenverkehr beheben zu können, ist untragbar und mit dem Ziel der ‚Vision Zero‘ – keine Toten im Straßenverkehr – nicht zu vereinbaren.

WIE GEHT ES WEITER?

Das neue Jahr startet mit einer positiven Nachricht: Das lange geforderte Gespräch der drei Berichterstatter der Ampel mit dem Bundesverkehrsministeriums zur Reform des Straßenverkehrsgesetzes wird endlich stattfinden. Dort wird es zunächst um die Frage gehen, wie und mit welchem Zeitplan das Ministerium unsere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umsetzen will.

Unser Berichterstatter wird in diesem Gespräch klar eine Reform im Jahr 2023 einfordern. Und er wird auch schon in diesem Gespräch unsere Forderungen deutlich machen. Die bisherige Politik Wissing zeigt, dass er immer noch eine autozentrierte Verkehrspolitik plant. Wir und viele Kommunen wollen eine Verkehrswende. Die muss kommen.

Im Rückspiegel Unterwegs in der Region

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Nach der Pandemie-Pause traf sich die SPD im Landkreis Freising in diesem Jahr wieder zum traditionellen Fischessen in Langenbach. Und das stand ganz im Zeichen des Landtagswahlkampfes: Der Freisinger Bezirkstagskandidat Michael Firlus zeigte mit einem starken Auftritt, dass wir dafür bereit sind. Und ich habe deutlich gemacht, warum wir uns auf diesen Wahlkampf freuen können.

Im Gegensatz zur CSU in Bayern haben wir auf Bundesebene wirklich gehandelt, statt nur zu södern. Wir haben mit 12-Euro-Mindestlohn und mit dem neuen Bürgergeld Fakten geschaffen. Wir haben dafür gesorgt, dass im Winter niemand frieren musste, weil wir in kürzester Zeit vom russischen Gas unabhängig geworden sind. Und wir haben die Menschen bei den hohen Energiepreisen entlastet.

Die Bilanz der bayerischen Staatsregierung sieht dagegen eher mau aus. Die zweite Stammstrecke in München wird zum Desaster, von den bis 2025 angekündigten 10.000 neuen Wohnungen wird der Freistaat bis 2024 wohl nur 700 fertigstellen können und Hubert Aiwanger twittert lieber Unsinn und Eigenlob statt das Stromnetz auszubauen.

Dass Bayern etwas Besseres verdient hat und dass es auch anders geht, das hatte bereits am Vormittag unser Spitzenkandidat Florian von Brunn in Vilshofen gezeigt. Und auch in Langenbach waren wir uns einig: Nur die SPD wird auch in Bayern



Handeln statt reden, machen statt södern – das Motto zur Landtagswahl. Michael Firlus und ich haben beim politischen Aschermittwoch deutlich gemacht, dass Bayern etwas Besseres verdient hat.

eine Politik machen, die sozial gerecht ist, die die Energiewende vorantreibt und für gute Kinderbetreuung und Bildung sorgt.

GEOTHERMIEANLAGE DER STADTWERKE MÜNCHEN

Die Stadtwerke München sind schon seit Jahren Vorreiter in Sachen Geothermie. Mit ihrer Anlage an der Schäftlarnstraße fördern sie aus rund 3000 Meter das rund 100 Grad heiße Wasser an die Erdoberfläche, entziehen ihm über Wärmetauscher die Energie und führen es dann wieder zurück in die Erde. Durch diese Methode werden bereits 10 % des Münchner Wärmebedarfs gedeckt. Die Stadtwerke planen aufgrund der prädestinierten Lage von München einen weiteren Ausbau der Anlagen.

Investitionen in Geothermie sind wichtig, weil sie ein dickes Standbein der sauberen Energieversorgung der Zukunft sein muss. Die geothermische Versorgung von Haushalten birgt sehr viel Potential, sowohl in der Tiefengeothermie als auch in höheren Schichten. Um diese Potentiale zu nutzen, müssen wir die Genehmigungsverfahren schlanker machen und unnötige Bürokratie, z. B. im Wasserrecht, beseitigen, um Deutschland mit der Geothermie klimaneutral in die Zukunft zu bringen. Und wir brauchen bessere Daten über den Untergrund, um auch die Potentiale bei uns in der Region im nördlichen Oberbayern besser abschätzen und nutzen zu können!



Im Rückspiegel Unterwegs in der Region

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG IN SCHROBENHAUSEN

Die hausärztliche Versorgung ist seit längerem ein drängendes Thema in unserer Region, derzeit besonders akut in Schrobenhausen. Gemeinsam mit meinem Grünen-Kollegen Leon Eckert habe ich deshalb einen digitalen Austausch mit Vertreter:innen der Kassenärztlichen Versorgung Bayern (KVB) organisiert. Ziel war es, mit der KVB konkrete Lösungsmöglichkeiten für die Probleme in Schrobenhausen zu finden. Die gute Nachricht ist: Die KVB ist optimistisch, dass sich die Versorgungslage in Schrobenhausen im Laufe der nächsten Monate wieder deutlich verbessert.

Nach der turnusgemäßen neuesten Berechnung der Versorgungszahlen gilt Schrobenhausen nicht mehr als "überversorgt", das heißt, die KVB-Bedarfsplanung stimmt wieder besser mit der Realität überein und es können wieder Anträge auf Kassensitze in Schrobenhausen gestellt werden, um die hausärztliche Versorgung zu verbessern. Parallel dazu läuft auch das Nachbesetzungsverfahren für die Praxis Mahl und Berger. Die KVB ist überzeugt, dass bald wieder mehr Hausärzt:innen in Schrobenhausen zur Verfügung stehen.

PODIUMSDISKUSSION AM CAMERLOHER GYMNASIUM

Anfang Februar durfte ich im Freisinger Camerloher-Gymnasium Rede und Antwort zur Umwelt- und Energiepolitik stehen, aber auch zum Krieg in der Ukraine und anderen aktuellen Themen. Die Schüler:innen selbst hatten Abgeordnete und Vertreter:innen der Parteien eingeladen und eine Podiumsdiskussion organisiert.

Gemeinsam mit meinem Grünen-Bundestagskollegen Leon Eckert, Benedikt Flexeder von der CSU und Sepp Beck von der ödp war ich mir über die Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz einig. Mir war wichtig zu betonen, dass Klimaschutz, etwa durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch immer Umweltschutz ist – wir haben ja tatsächlich neben der Klimakrise auch eine Krise des Artensterbens, die sich mit dem Klimawandel noch weiter verschlimmert. Gerade Programme zum natürlichen Klimaschutz, für den wir als Ampel in den nächsten Jahren vier Milliarden Euro eingeplant haben, bekämpfen beide Krisen effektiv.

Bei der Unterstützung der Ukraine bestand grundsätzlich Einigkeit, auch wenn andere die Geschwindigkeit der Entscheidungen bemängelt haben – aus meiner Sicht ist ein schrittweises Vorgehen aber sehr wichtig, um Russlands unvorhersagbare Reaktionen austesten

Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass schwierige Situationen wie in Schrobenhausen in Zukunft gar nicht erst entstehen. Dafür, dass die politischen Rahmenbedingungen für die Bedarfsplanung stimmen, setzen wir uns als SPD-Fraktion ein. Mein Kollege Leon Eckert und ich haben vor, uns an den Gemeinsame Bundesausschuss zu wenden, in dem die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen sitzen, um unter anderem die Richtlinien für die Bedarfsplanung festzulegen.

Auch bei der Personalgewinnung brauchen wir dringend Verbesserungen. Bereits jetzt gibt es deutschlandweit nicht genügend Hausärzt:innen, um alle Arztsitze zu besetzen. Wenn wir mehr Mediziner:innen wollen, brauchen wir mehr Medizinstudierende. Die Länder müssen also mehr Studienplätze ausweisen. Und natürlich können auch die Kommunen ihren Beitrag leisten: Im Gespräch hat die KVB darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, sich als Kommune und Landkreis möglichst attraktiv und aktiv in den entsprechenden Foren zu präsentieren, damit mehr junge Hausärzt:innen in die Region kommen.

zu können und nicht weiteren Eskalationen des Kriegs durch Putin Vorschub zu leisten. Und kontrovers wurde es natürlich beim Thema Cannabis-Legalisierung, die ich natürlich befürworte, während sie von der CSU leider weiterhin abgelehnt wird.

Vielen Dank an die Schüler:innen für die Organisation und die spannenden Fragen!



Im Rückspiegel Unterwegs in der Region

AUSBAU DER B 16

Im Februar war ich in Manching, um dort ein Gespräch mit der Bürgerinitiative Lebenswertes Manching über den Ausbau der B16 zu führen. Mit Waldemar Bauer, Margaretha Bauernfeind und Johanna Huber habe ich diskutiert, was die Ausbaupläne für die Region bedeuten und wie wir am effektivsten für eine Reduktion der Pläne kämpfen können. Gefreut hat mich, dass auch die SPD-Marktgemeinderät:innen Elke Drack, die auch stellvertretende Landrätin ist, Brigitte Frank und Martin Stoll dabei waren, weil wir als SPD in der Region an einem Strang ziehen.

Aktuell legt der Bundesverkehrswegeplan noch fest, dass die B16 auf vier Spuren ausgebaut werden soll. Diese Planung hält die Bürgerinitiative – ebenso wie ich – für vollkommen überdimensioniert. In den letzten Monaten wurden schon einige Än-

derungen an der Planung vorgenommen, die in die richtige Richtung gehen, insbesondere die Verringerung des Regelquerschnitts auf 23 Meter, sodass durch den Ausbau zumindest weniger Fläche verbraucht wird.

Der Termin mit der Bürgerinitiative hat aber nochmal deutlich gezeigt: Die Bemühungen, den Ausbau zurechtzustutzen, müssen weitergehen! Dafür, dass wir wegkommen vom vierspurigen Ausbau im Bundesverkehrswegeplan, setze auch ich mich weiterhin ein. Generell bin ich der Meinung, dass wir eine Neupriorisierung von Baumaßnahmen beim Verkehr brauchen und zwar nach dem Prinzip „Schiene statt Straße“. Auch in Manching sollte man prüfen, ob alte Bahnhaltepunkte reaktiviert werden können, damit Verkehr von der B16 auf die Schiene verlagert werden kann!

FACHGESPRÄCHE DER LANDTAGSFRAKTION

Wie organisieren wir in Bayern eine stabile und verlässliche Energieversorgung, mit der wir das Ziel erreichen in Bayern bis 2040 klimaneutral zu sein? Dazu hat die Landtagsfraktion der BayernSPD zwei Fachgespräche veranstaltet, an denen ich teilnehmen durfte.

Beim ersten Treffen ging es um die Wärmeversorgung durch Geothermie. Die Landtagsfraktion hat im „Bayerisches Sofortprogramm Energiesicherheit“ einen Geothermie-Turbo für den Freistaat gefordert. Doch welche konkreten Schritte ste-

hen nun an, um diesen Turbo zu zünden? Darüber haben wir gemeinsam mit Expert:innen diskutiert.

Im zweiten Fachgespräch ging es darum, wie die Energie- und Wärmewende vor Ort gestaltet werden kann – in den Gemeinden, in den Kommunen und zusammen mit den kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Welche Maßnahmen müssen unmittelbar in Angriff genommen werden? Welche Unterstützung muss die Landesebene leisten? Auch dieses Fachgespräch hat wichtige Anregungen geliefert.



Politik ist ein Mannschaftssport

Mein Team



Politische Arbeit ist Teamwork. Gut, dass ich mich auf mein Team verlassen kann. Meine Mitarbeiter:innen unterstützen mich inhaltlich und organisatorisch, sie kümmern sich auch um Ihre Anliegen.



Martin Deschauer ist mein Büroleiter und zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit. Der Kulturwirt und PR-Berater stammt aus Bayern. 1999 ist er vom Vorstand der Jusos Bayern nach Berlin ins Abgeordnetenbüro gewechselt. Seitdem lebt und arbeitet er in Berlin.



Merlin Bähr, der Energieexperte im Team, koordiniert meine Arbeit im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Als Politikwissenschaftler und Soziologe hat er bereits während des Studiums in Abgeordnetenbüros gearbeitet, seit 2019 lebt er in Berlin. Nach der Arbeit findet man ihn vor allem auf dem Rennrad oder beim Laufen.



Dr. Eva Schäffler leitet meine Wahlkreisbüros in Freising und Pfaffenhofen. Sie ist zuständig für meine Termine vor Ort und Ansprechpartnerin für Bürger:innen und Organisationen aus meinem Wahlkreis. Als Historikerin hat sie unter anderem in Salzburg, Berlin und Prag gearbeitet und ist jetzt auch beruflich in ihre Heimat Freising zurückgekehrt.

Seit Februar neu im Team ist Tereza Novotná. Sie unterstützt mich inhaltlich und organisatorisch. Sie wurde in Tschechien geboren, hat in Budweis ihren Bachelor und in Leipzig ihren Master gemacht. In ihrer Freizeit findet man sie entweder bei einem guten Buch mit einer Tasse Kaffee oder im Kino.



Jessica Spengler arbeitet in meinem Büro in Pfaffenhofen. Sie ist zuständig für die Organisation meiner Termine im Landkreis Pfaffenhofen. Sie ist Kauffrau für Büromanagement und besucht zurzeit die Berufsoberschule Scheyern, um ihr Abitur zu machen.

Michael Weindl unterstützt mich als studentischer Mitarbeiter. Er organisiert meine Sommertour, ist Teil meines Social-Media Teams und hilft überall dort, wo jemand zum Anpacken gebraucht wird. Er kommt aus Freising, war dort Vorsitzender der Jusos und des Jugendstadtrats. Jetzt studiert er Health Economics an der Universität in Hamburg.



Felix Schnabel ist nach seinem dreimonatigen Praktikum als studentischer Mitarbeiter in meinem Büro geblieben. Bis Ende März unterstützt er meine Arbeit im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Ursprünglich kommt er aus dem niederbayerischen Straubing und macht derzeit noch seinen Bachelor an der TU München.

Wie geht Bundestag?

Praktikum in meinem Büro



ZURZEIT IST SAMUEL ARNDT PRAKTIKANT IN MEINEM BERLINER BÜRO. WAS ER BISHER ERLEBT HAT, BESCHREIBT ER HIER IN SEINEN EIGENEN WORTEN:

„Seit Anfang Februar bin ich Praktikant im Berliner Büro. Neun Wochen lang darf ich die Arbeit von Andreas und seinem Team kennen lernen. Für mich als Student der Politikwissenschaft ist es natürlich besonders spannend, den politischen Alltag hautnah mitzuerleben.

Eine Sitzungswoche habe ich bereits miterlebt. Interessant war zum Beispiel eine SPD-Sitzung, in der Gesundheitsminister Karl Lauterbach einigen Abgeordneten die geplante Krankenhausreform vorgestellt hat. Auch eine Sitzung des Bundestages (inklusive einer Rede von Andreas) konnte ich schon vor Ort verfolgen und so die besondere Atmosphäre im Plenarsaal auf mich wirken lassen.

Aber auch das Mittagessen in einer der Kantinen zusammen mit vielen bekann-

ten Gesichtern aus der Politik ist ein einmaliges Erlebnis.

Auch in den zwei sitzungsfreien Wochen, die ich bisher erlebt habe, konnte ich viele Einblicke in die Arbeitsweise des Abgeordnetenbüros gewinnen. Hier stehen neben allgemeinen Bürotätigkeiten vor allem Rechercheaufgaben zu klimapolitischen Themen an. Hier bekomme ich einen guten Einblick, was alles nötig ist, damit ein Abgeordneter wie Andreas Politik machen kann.

Neben der Arbeit im Büro gibt es auch noch ein Programm für alle Praktikant:innen in der SPD-Fraktion. Hier stehen Gespräche z. B. mit dem Pressesprecher oder anderen Abgeordneten auf dem Programm. Außerdem konnte ich an einem Besuch beim RBB und im Gesundheitsministerium teilnehmen.

Ich freue mich schon auf die verbleibenden Wochen in Berlin, in denen unter anderem ein Besuch im Kanzleramt und ein Gespräch mit dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, auf dem Programm stehen.“



AUCH SOPHIA HINTERWIMMER AUS WOLNZACH ARBEITET ZURZEIT FÜR EINE WOCHE IN MEINEM BÜRO ALS SCHÜLERPRAKTIKANTIN.

Gerne biete ich die Möglichkeit eines Praktikums in meinem Büro an. Sowohl längere Praktika, z.B. als Pflichtpraktikum im Rahmen des Studiums, als auch kürzere Schülerpraktika sind möglich.

Während des Praktikums steht das Kennenlernen meiner Arbeit, meines Teams und der Abläufe im Parlament bzw. im Bundestag im Vordergrund. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, an vielen spannenden Veranstaltungen des Praktikant:innenprogramms der SPD-Bundestagsfraktion teilzunehmen. Bei Interesse an einem Praktikum freue ich mich über eine Bewerbung an andreas.mehltretter@bundestag.de.

Andreas
Mehltretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehltretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehltretter.de

Facebook

[andreamehltretterSPD](https://www.facebook.com/andreamehltretterSPD)

Instagram

[andreamehltretter](https://www.instagram.com/andreamehltretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)